



Sozialbericht unter Expertenlupe

(pak) „Der Thüringer Sozialbericht analysiert kaum die soziale Phänomene und Entwicklungen in Thüringen. Jedenfalls nicht im Hinblick auf gesellschaftliche Ungleichheit und damit auch nicht im Hinblick auf Armut und Reichtum.“, erklärte Dr. Jürgen Neubert, Sozialwissenschaftler an der Uni Jena. Neubert, der auch Geschäftsführer der Struktur- und Technologieberatungsagentur für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Thüringen (Start e.V.), stellte am Mittwoch dem Sozialausschuss der FDP den Drit-



ten Thüringer Sozialbericht vor. Dabei kritisierte er, dass im Bericht die bisherigen sozialpolitischen Maßnahmen der

Landesregierung keine kritische Würdigung fänden. Anlass hierfür gäbe es genug. So sei die Armut deutlich angestiegen. 1993 wären sieben Prozent der Thüringer Haushalte unterhalb der Armutsschwelle gewesen, 1998 waren es bereits neun Prozent. Zahlen zur Altersarmut, insbesondere bei alleinstehenden Frauen aber auch die deutliche Differenz zwischen „reichen“ und „armen“ Haushalten sei bedenklich. Gründe hierfür lägen neben der hohen Arbeitslosigkeit auch bei den geringen Erwerbseinkommen zu suchen. An zahlreichen weiteren Beispielen machte Neubert deutlich, dass die soziale Lage be-

denkliche Ausmaße angenommen habe, als diese vom Sozialbericht dargestellt worden seien. Lösungsmöglichkeiten sah er in gesetzlichen Mindestzuweisungen. So müsse die Grundrente kritisch begutachtet werden, um Altersarmut zu begrenzen. Gegen die Einkommensarmut würde ein gesetzlich festgelegter existenzsichernder Mindestlohn Sinn machen. Die Teilnehmer diskutierten intensiv. So wurde die Frage besprochen, wie man derzeit die Begriffe arm und reich definieren könne. Ebenso wurde sich mit Sozialhilfe und Arbeitslosengeld zum Teil kritisch auseinandergesetzt. Besonders diskutierten die Teilnehmer, deren Spektrum vom Mittelstand bis in die Gesundheitsbranche reicht, das Thema Niedrig- und Mindestlohn. „Sozialpolitik – Ein schwieriges Metier, dem sich die FDP nicht verschließt.“, erklärte AK-Leiterin Lulita Schwenk am Ende der Sitzung.

Diese Zeitung erhalten Sie über Newsletteranmeldung unter www.fdp-thueringen.de

Landesspitze mit Themenspritze

Vorstand und Parteirat beraten Sachpolitik



(pak) Der Landesvorstand und der Landesparteirat haben in einer Sitzung am Montag die ausstehenden Anträge des Landesparteitages diskutiert. Ebenso wurden Veranstaltungen und Kampagnen der Kreisverbände in der Sommerpause besprochen. So wird der Kreisverband Ilmkreis sich verstärkt um die Popularität der FDP in den Kommunen kümmern. Auch in Sonneberg und Altenburg sind Veranstaltungen geplant. Der Parteirat

begrüßte es, dass solche Veranstaltungen bereits als Testläufe für den Wahlkampf fungieren könnten. In der Landesgeschäftsstelle werden die Kampagnenrunden ihre Arbeit intensivieren und nach den Sommerferien ein erstes Konzept dem Landesvorstand vorstellen. „Wir müssen den Sommer für Kampagnenplanung nutzen.“, erklärte Landesvorstandsmitglied Percy Wesselly. Bei den sachpolitischen Beratungen spielte die Sozialpolitik eine herausgehobene Stellung. Die

Anträge des Sozialausschusses wurden zum Teil gründlich diskutiert. Auch der Kommunalpolitik und der Bildungspolitik wendeten sich die Anwesenden zu. Weiterhin haben sich die Vertreter der Kreisverbände und der Landesvorstand einstimmig die Einrichtung eines Landesfachausschusses „Grundsätze liberaler Politik in Thüringen für die Landtagswahl



2004“ ausgesprochen.

Wahlkampf 2004 – Wie man's richtig macht

(pak)Die FDP Thüringen will 2004 in den Landtag. Die FDP will 2004 in die Kommunen. Die FDP will 2004 ein gutes Ergebnis in der Europawahl. Diese Allgemeinplätze sind bekannt, die Ziele stehen. Wie aber wird der Weg aussehen? Wie werden sich die Kreisverbände und der Landesverband positionieren? Hierzu wird bereits jetzt intensiv diskutiert. Zahlreiche Kreisverbände haben zur Wahlkampf Vorbereitung bereits erste Schritte unternommen. Jena hat ein erstes Wahlprogramm konzipiert, Saale-Holzland-Kreis ein Strategiepapier entworfen, der Kyffhäuserkreis hat eine offene Liste angekündigt. Der Landesvorstand hat das Thema ‚Wahljahr 2004‘ als ständigen Tagesordnungspunkt in seine Sitzungen aufgenommen, eine „Kampag-



nenrunde“ arbeitet Konzepte und Analysen aus, der Parteirat diskutierte am Montag erste mögliche Strategien. In den Fachausschüssen werden thematische Grundrichtungen ausgearbeitet, eine Diskussion im www.fdp-thueringen.de Forum läuft hierzu mal konstruktiv, mal

weniger. Wie aber soll die strategische Grundausrichtung aussehen? Wie sind Programme und Inhalte praktisch zu vermitteln? Und von wem? Zu diesen Themen ruft *Thüringen Liberal* zur Diskussion auf. Äußern Sie sich nicht nur in Ihrem Gremium, sondern teilen Sie landesweit Ihre Ratschläge mit. Was ist bei den letzten Wahlen erfolgreich verlaufen? Welche Strategien haben sich als nutzlos erwiesen? Welche Kriterien muss ein optimaler FDP-Kandidat erfüllen? Was hat im Wahlprogramm zu stehen? Um diese Fragen zu beantworten, wird *Thüringen Liberal* die Rubrik „Wahljahr 2004“ einführen. Tragen Sie dazu bei, am Ende des Sommers hinter einigen Fragezeichen in diesem Artikel eine Antwort zu schreiben. Schreiben Sie für die *Thüringen Liberal* einen Artikel zum Wahljahr 2004!

Die gesteuerte Steuerreform

Warum B-Themen zu A-Themen werden

Hallo, liebe Unternehmerkinder! Das Steuerreform-Kasperle ist wieder da. Und wenn ihr so eine vorgezogene Steuerreform wirklich wollt, dann schreit mal fest Hurra! Und wirklich die kleinen Unternehmer kreischten vor Begeisterung und jubelten dem Schröder-Kasper zu. Nur die böse Hexe Angela stand schmollend im Eck und wollte plötzlich nicht mehr mitmachen. Denn sie ist der Geist der stets verneint. Das weiß der Kaspar und danach handelt er. Immer will er die Hexe in die Schmollecke stellen und ihre bösen Freunde die Zauberer Koch, Stoiber und März dazu.

Im Klartext bedeutet dies: Der begabte Taktierer Schröder hat wieder einmal das für ihn günstigste Thema, diesmal zwecks Überbrückung des Sommerlochs vorgegeben und die CDU hechelt hinterher. So ist es nur vernünftig, das Guido Westerwelle den Ball aufgreift und dem Hühnerhaufen von CDU die Richtung weist. Dabei sollte es vor allem um ein schnelles Durchwinken der um ein Jahr vorgezogenen Stufe der Steuerreform durch die Legislative gehen. Doch Deutschlands wirkliche Probleme, das sagen alle die etwas von

Volkswirtschaft verstehen, werden durch diese hektische Betriebsamkeit nicht gelöst. Wir zahlen ja de facto nicht mehr Steuern als die Bürger in den meisten anderen westlichen Ländern. Unser Steuersystem krankt hauptsächlich an seiner mangelnden Glaubwürdigkeit: Viel zu hohe „nominelle Steuersätze“ steht ein vergleichbar bescheidenes reales Aufkommen gegenüber, im Fall der Einkommensteuer sogar ein negatives. Andererseits gibt es viel zu viele

Ausnahmetatbestände und Subventionen. Wer hier ein Stück mehr Vereinfachung schafft und die Kluft zwischen nominal und real zu verkürzen hilft, tut sicher dem Staatswesen Gutes. Aber da die reale Steuerbelastung der Bürger aufgrund des Staatsdefizits nicht wesentlich sinken kann, ist das Ganze eben auch nur ein Ablenkungsmanöver, ein Linke-Tasche-Rechte-Tasche-Spielchen, ein BThema eben. Das AThema hieße: Mit Hilfe eines radikalen Abbaus der Arbeitslosigkeit die Steuereinnahmen und Sozialabgaben signifikant zu steigern. Und davon will unser Kanzler ablenken, denn mit dieser Thematik hätte er die Auseinandersetzung in den eigenen Reihen!

Denn Arbeitsplätze könnte man ganz ohne Staatsausgaben schaffen: Durch Entbürokratisierung des Arbeitsmarktes. Die Zurechtstufung des Mitbestimmungsgesetzes und der Schutzgesetze für Schwangere und Behinderte, die Abschaffung unsinniger statistischer oder umweltpolitischer Auflagen böten ein weites Betätigungsfeld. Und wenn dann erst noch die Gewerkschaften, Standesvertreter und Interessenverbände mitziehen würden! Nicht nur, dass dies nichts kosten würde, es würde auch die dahinter stehende Bürokratie abbauen helfen und so dem Staat weiteres Geld sparen! Um solche Diskussionen aber erst gleich gar nicht aufkommen zu lassen, erzeugt Parteistrategie Schröder lieber eine Debatte um das vergleichsweise zweitrangige Thema „Vorziehen der Steuerreform“ und verschwindet in den Urlaub, egal ob nach Italien oder sonst wo.

Apropos: Der Urlaub in Deutschland, so wie jetzt angedacht, würde auch deutsche Arbeitsplätze sichern. Geschäftsleute wie Berlusconi packt man am besten dort wo sie am empfindlichsten sind: am Geldbeutel! Das hat Schröder immerhin erkannt – war aber für einen altgedienten Sozi auch nicht so schwer.

Schönen Urlaub wünscht Ihr Eugen Eigenartig.

Impressum

Thüringen Liberal
Hrsg.: Pressestelle der
FDP Thüringen
Redaktion: Patrick Kurth
Bilder/Satz: Patrick Kurth
Verantw.: Volker Weber

Redaktionsanschrift
FDP Thüringen
Magdeburger Allee 91
99086 Erfurt
pressestelle-
thueringen@fdp.de